Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Reichsmark, für auswärts 0.35 Reichsmark. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 1.50 Reichsmark, für auswärts 2.00 Reichsmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Reichsmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 R.-Mark. Postbezug für Monat August 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 0.90 Reichsmark, nach dem Auslande 1.20 Reichsmark. Einzelnummer 15 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2000

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 202 — Sonntag, 29. August 1926 — XXXIV. Jahrg.

Spanien verlangt eine Tangerkonferenz

Am 1. September in Genf – Große Ueberraschung in Paris und London – Ekelhafte Szenen bei der Hinrichtung der Jungtürken

Riveras Bombenwurf

Um Sein und Nichtsein des Direktoriums – Frankreich lehnt sowohl Abtretung Tangers wie Völkerbundsmandat ab

Telegramm unsres Korrespondenten

w. London, 28. August

Die Ansicht gewisser maßgebender Kreise am Wochenschluß geht dahin, daß die kommende Woche zwar endgültig den Weg für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund freimachen wird, daß aber noch große Schwierigkeiten und schwere Kämpfe in Genf bevorstehen. Die Haltung Spaniens ist hartnäckiger und für den Frieden in Genf gefährlicher, als man in den allzu optimistischen europäischen Kanzleien glaubte. So teilt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" heute mit, daß Spanien in seinem neuen Memorandum zur Tangerfrage, das es vorgestern, wie berichtet wurde, der britischen, französischen und italienischen Regierung überreicht hat, zugleich eine Einladung zu einer Konferenz in Genf am 1. September erließ, und daß diese Einladung auf alle Mächte, die seinerzeit die Tanger-Konvention und die Algeciras-Akte unterschrieben, ausgedehnt wurde. Selbst die kleinen Signatarstaaten Holland, Belgien und Portugal, ferner, wie man glaubt, auch Amerika sind eingeladen worden. Auch Schweden ist eingeladen, nicht als Signatarmacht, sondern weil Spanien ja bekanntlich mit der Tanger-Frage die Forderung nach einem Dauersitz im Rate verknüpft. Diese Einladung hat wie eine Bombe gewirkt. Vor allem die der kleineren Mächte ist London völlig unerwartet gekommen. Man hatte bisher gehofft, Spanien zum Aufschub seines ehrgeizigen Antrages bewegen zu können. Diese Hoffnung ist jetzt geschwunden. Im Foreign Office herrscht heute daher neue und erhöhte Besorgnis. Englands Antwort wird, wie „Daily Telegraph" weiter mitteilt, zum größten Teile von der Italiens und Frankreichs abhängen. Man will hier wissen, daß Frankreich weder dem Annexions- noch dem Mandatsvorschlag zustimmen werde, daß es aber zu wesentlichen Verwaltungszugeständnissen in Tanger an Spanien bereit sei. Ueber Italiens Antwort ist das englische Außenamt noch im Dunkeln. Der Vatikan macht jedoch allen seinen Einfluß in Madrid geltend, um Spanien davon abzuhalten, in Genf ungebührliche Schwierigkeiten zu machen oder gar aus dem Völkerbund auszutreten.

Ob diese Beschwichtigungsversuche Erfolg haben werden, steht dahin. Nach hier vorliegenden Madrider Meldungen legt die spanische Regierung das größte Gewicht auf Erfüllung ihrer Forderungen. Es scheint, daß es sich – was wir schon gestern andeuteten – um Sein oder Nichtsein für das Direktorium handelt. Der Außenminister Jangnas erließ gestern ein feierliches Manifest an die innerpolitischen Gegner der Regierung über die internationale Lage. Es heißt darin: „Es ist dies ein feierlicher Augenblick. Er ist wahrscheinlich von einzigartiger und entscheidender Bedeutung in Spaniens Geschichte. Jeder gegen die Regierung im Innern gerichtete Schritt würde Spaniens Prestige und seine höchsten Interessen den fremden Mächten gegenüber beeinträchtigen." Man schließt aus diesem Aufruf, daß die spanische Regierung einen diplomatischen Erfolg absolut braucht, um der Gärung im Innern Herr zu werden. Nach Meldungen von der spanischen Grenze dauert die bedrohliche Lage im Innern Spaniens fort. Der „Daily Mail" wird aus Hendaye berichtet, die Ernennung intimer Freunde de Riveras zu Provinzgouverneuren habe die drohende Haltung der Offiziere verstärkt. Sie verlangen die Zurücknahme der Ernennungen.

•

Die französische Antwortnote

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 28. August

Bei den gestrigen Besprechungen Briands über die Völkerbundsfrage handelte es sich vor allem darum, die französische Antwort auf die Tanger-Note festzusetzen, die General Primo de Rivera in Paris, London und Rom übergeben ließ. Ueber den Inhalt des spanischen Dokuments erfährt man heute folgendes: Nach Darlegung der strategischen und politischen Argumente, mit denen Spanien seine Forderung auf einen überwiegenden Einfluß in Tanger stützt, trägt Primo de Rivera den Mächten zwei Forderungen vor. Die erste geht dahin, die internationale Zone einfach der spanischen Marokko-Zone anzugliedern. Die zweite Lösung, die nur ins Auge gefaßt werden soll, wenn dieser Annexionsplan abgelehnt wird, bezweckt, Spanien für eine lange Dauer von Jahren ein Völkerbundsmandat über Tanger und Umgebung zu verleihen. Primo de Rivera hat nicht verfehlt, den interessierten Mächten eine Frist für die Beantwortung dieser Note festzusetzen. Er erwartet, daß die prinzipiellen Antworten noch vor dem Zusammentritt der Studienkommission überlandt werden. Man schließt daraus, daß die spanische Regierung ihre Haltung in Genf von der Stellung der Mächte zu den Tanger-Forderungen abhängig zu machen gedenkt.

Die Antwort der französischen Regierung, die Briand nach Fühlungnahme mit den Vertretern des englischen Außenamts aufgesetzt hat, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Frankreich ist geneigt, die spanischen Ansprüche „mit Wohlwollen zu prüfen". Aber ein solch wichtiges Problem kann nicht im Rahmen von einigen Tagen gereglt werden. Von vornherein lehnt Briand ein Eingreifen des Völkerbundes in die Tanger-Frage ab. Er weist darauf hin, daß ein solcher Schritt den Souveränitätsrechten des Sultans von Marokko auf die internationale Zone Abbruch tun würde. Die einzige Lösung, die er für Frankreich tragbar hält, sind Zugeständnisse in der Verwaltung.

Der spanische Standpunkt wird, wie aus Madrid berichtet wird, mit aller Klarheit in dem Blatte „El Debat" dargelegt. Das Blatt schreibt: „Spanien wünscht, daß das Tanger-Problem noch vor der Eröffnung der Völkerbundsversammlung erledigt sein wird. Es ist richtig, daß die Zeit sehr kurz ist, aber diese Schwierigkeit kann umgangen werden, wenn man Spanien ernste Garantien und Zusicherungen für die von ihm vorgeschlagene Politik in Nordafrika gibt. Aber das Wort „Garantien" muß etwas andres bedeuten als leere Worte und Versprechungen wie diejenigen, die Spanien bisher bezüglich des ständigen Ratssitzes gemacht wurden."

•

Anarchische Zustände in Tanger

Die Folgen des internationalen Regimes

Telegramm unsres Korrespondenten

w. London, 28. August

Aus Tanger liegen neue, sehr beunruhigende Meldungen vor. Der „Times"-Korrespondent telegraphiert von dort, die politische Lage sei höchst gespannt. Der italienische diplomatische Vertreter hat beim französischen Konsul persönlich einen Protest gegen die Mussolini beleidigenden Aeußerungen der französischen Zeitung in Tanger überreicht. Er verlangte die Bestrafung der Schuldigen. Jedermann siehe in dieser Angelegenheit auf seiten der Italiener und Spanier. Die französische Presse beraube Frankreich aller Sympathien. Alle spanischen Organisationen in Tanger einschließlich die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung, verlangen die Bestrafung des Blattes. In der Nacht fanden Unruhen in Tanger statt. Der Verein spanischer Arbeiter erfuhr, daß ihr Mitglied Torres, welcher sich als Führer im jüngsten Proteststreik betätigt hatte, von Tanger deportiert werden sollte. Die Arbeiter zogen hierauf vor das Kasino, wo der Administrator auf einem Balle anwesend war, und drohten mit neuen Streiks, Schließung der Bäckereien und Abschneidung der elektrischen Beleuchtung. Der spanische Generalkonsul begab sich in das Arbeiterviertel und wies den Arbeitern nach, daß Torres ein vielfach vorbestrafter Verbrecher sei. Es gelang ihm jedoch erst gegen Morgen, die Ruhe wiederherzustellen. Der Verhaftete wurde dann auf einem Passagierdampfer untergebracht.

•

Ein Ablenkungsmanöver

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Hendaye, 28. August. (Durch United Preß)

Nach unzensierten Nachrichten aus Madrid ist man in Kreisen der spanischen Opposition davon überzeugt, daß die Forderung auf Tanger als außenpolitisches Ablenkungsmanöver von Primo de Rivera gedacht ist, um sich gegen den wachsenden Widerstand im Volke und insbesondere in der Armee zu behaupten. Die Position Primo de Riveras soll nach der Behauptung dieser Oppositionskreise so schwierig sein, daß einzig und allein die Aufstellung eines nationalen Zieles, das dem Stolze des Spaniers schmeichelt, dem Diktator eine Chance böte, genügenden Anhang um sich zu scharen, der es ihm erlaubt, sich noch weiter zu behaupten.

Von der Flasche und dem Etikett

„Aber Sie bekommen ja alles, was Sie haben wollen, die ganze Flasche voll!" So sagte dieser Tage ein hoher Beamter des französischen Außenamtes zum spanischen Botschafter, Herrn Quinones de Leon, worauf der Botschafter schlagfertig erwiderte: „Ja, aber es ist die Flasche ohne das Etikett." Si non è vero ...! Wenn die Geschichte, die Pertinax im „Echo de Paris" erzählt, auch nicht wahr sein sollte, so ist sie doch sehr gut erfunden. Denn sie charakterisiert trefflich das Wesen der spanischen Forderung.

Spanien verlangt bekanntlich entweder einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat oder ein Mandat über Tanger. Es hat diese Forderung bekanntlich in einem Memorandum nochmals ganz präzis formuliert und diesem Memorandum beinahe den Charakter eines Ultimatums gegeben. Denn in ihm wird eine grundsätzliche Antwort noch vor Zusammentritt der Studienkommission, also vor dem 10. August, verlangt. Außerdem kündigt Primo de Rivera, wie aus dem heutigen Bericht des „Daily Telegraph" hervorgeht, nichts weniger als eine große internationale Tanger-Konferenz in Genf für den 1. September an. Und damit noch nicht genug: er hat die Einladung dazu, ohne erst vorher in Paris und London zu fragen, bereits an alle Mächte, die einstmals die Algeciras-Akte unterzeichneten, abgesandt, darunter auch an die kleinen Staaten, wie Belgien, Holland und Portugal.

Also eine große Tanger-Konferenz am Vorabend der Völkerbundstagung. Schlimmer konnte man die internationale Lage kaum komplizieren. Man kann sich denken, wie dieser spanische Bombenwurf in London und Paris gewirkt hat.

Der spanische Diktator hat sich sehr weit vorgewagt und sein ganzes Prestige an eine für Spanien günstige Lösung dieser Fragen geknüpft. Nach den immer alarmierender werdenden Nachrichten über die wachsende Gärung in Spanien erkennt man, daß er unbedingt einen größeren außenpolitischen Erfolg erringen muß, um nicht eines schönen Tages das Schicksal seines griechischen Kollegen Pangalos zu erleiden. Er spielt ein hohes, aber gewagtes Spiel. Gelingt es ihm, einen jener halbständigen Sitze, die nach Robert Cecils Vorschlag neu geschaffen werden sollen, und außerdem eine Spaniens Ansprüche befriedigende Stellung in Tanger zu erhalten, so würde er für sein Land zweifellos den größten außenpolitischen Erfolg seit Jahrzehnten errungen haben. Mit einem halbständigen Sitz allein darf Spaniens Vertreter nicht nach Madrid zurückkehren. Das könnte leicht, wie die Dinge zur Zeit liegen, das Ende der Diktatur bedeuten. Gibt man ihm Tanger nicht, so fordert er unbedingt den ständigen Sitz und gefährdet damit wieder den Erfolg der Genfer Tagung.

Rivera will sich nicht mit der Flasche begnügen, er wünscht auch das Etikett. Polen dagegen scheint realistischer zu denken. In Warschau ist man mit der Flasche zufrieden: jener halbständige Sitz, der ihm die Wiederwahl nach drei Jahren schon vorher garantiert und den Ausdruck der Zweidrittelmehrheit zu ihrer Vornahme ausschließt, bietet ihm bis auf die Form alle Vorteile eines Dauersitzes. Denn es dürfte außerordentlich schwer sein, einem Lande jenes Recht auf Wiederwahl, wenn es ihm einmal verliehen worden ist, wieder zu entziehen. Polen wird also tatsächlich Dauermitglied des Rates. Gerade das aber war Frankreichs Ziel schon im März und ist es heute unter Poincaré noch viel mehr. Denn eben damit will man Deutschlands mehr. Denn eben damit will man Deutschlands gefürchteten Einfluß lahmlegen. Das aber suchte vermeiden, als es die alleinige Aufnahme als ständiges Mitglied des Rates verlangte, wie ihm dies in Locarno zugesichert worden war.

Die alleinige Aufnahme Deutschlands in den Rat – das war für uns die Flasche mit dem Etikett. Jetzt werden wir, falls der Vorschlag Cecils angenommen wird, zwar der Form nach allein als Dauermitglied aufgenommen; aber Polen und Spanien treten tatsächlich ebenfalls als Dauermitglied ein, das heißt: wir bekommen das Etikett und die andern die Flasche.

Herr v. Hoesch, unser Pariser Botschafter, hat sich gestern mit Dr. Stresemann ausgesprochen und fährt heute abend nach Genf, um Deutschland bei den Schlußberatungen der Studienkommission zu vertreten. Seine Aufgabe ist nicht beneidenswert. Aber Deutschlands Vertretung liegt bei ihm in guten Händen, und es darf erwartet werden, daß er sich zu keinerlei Zugeständnissen verleiten läßt, die unsern Eintritt in den Genfer Bund unter Voraussetzungen vor sich gehen lassen, die mit unserm Ansehen nicht vereinbar sind und der Achtung vor uns selbst nicht genügen können. Man sollte in Paris und London nicht vergessen, daß der Völkerbund wohl schließlich ohne Spanien, aber keinesfalls ohne Deutschland auf die Dauer weiter bestehen kann...

Th. Seh.

Russischer Garantiepakt mit Polen

× Moskau, 28. August. Das Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht folgende amtliche Meldung: Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion in Warschau überreichte in diesen Tagen dem polnischen Minister des Aeußern den Entwurf eines Garantievertrags, in dem folgendes festgelegt werden soll: Beiderseitige Enthaltung von jedem aggressiven Vorgehen, Verpflichtung beider Parteien, im Falle eines Angriffs gegen die andre Partei Neutralität zu bewahren. Nichtteilnahme an gegen die andre Partei gerichteten Abkommen politischen oder wirtschaftlichen Charakters, Entscheidung etwaiger strittiger Fragen durch eine gemischte Einigungskommission. Die Sowjetregierung wünschte, den Vertrag während des für August geplanten Besuches Zaleskis in Moskau unterzeichnet zu sehen; doch ist der Besuch Zaleskis auf den Spätherbst verlegt worden.

Peking kündigt den chinesisch-belgischen Vertrag

Ein neuer Angriff auf die europäischen Mächte

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 28. August

Aus Brüssel wird berichtet: Die Pekinger Regierung hat soeben, im Bestreben, die Exterritorialitätsrechte und die Zollautonomie der europäischen Mächte in China zu unterbrücken, den chinesisch-belgischen Vertrag vom Jahre 1865 auf den 27. Oktober gekündigt, obwohl dieses Abkommen nur für Belgien ein Kündigungsrecht vorsah. Außenminister Vandervelde hat alle Anstrengungen unternommen, um diesen Schritt der chinesischen Regierung zu verhindern. Er gab zu, daß gewisse Forderungen Chinas vollkommen berechtigt seien, und erklärte, einige Garantien, die Belgien bezüglich seiner Exterritorialität und des Zollregimes genieße, seien zwar nicht völlig aufzugeben, aber durch andre zu ersetzen. Ferner schlug die belgische Regierung vor, neue Verhandlungen für den Abschluß eines neuen Vertrages mit China zu beginnen, sobald in Peking eine stabile Regierung am Ruder sei. Trotzdem hielt die chinesische Regierung daran fest, die Kündigung des Vertrages auszusprechen. Belgien machte darauf Anstrengungen, wenigstens einen Modus vivendi auf der Grundlage des Vertrages von 1865 abzuschließen. Die Antwort der chinesischen Regierung auf diesen neuen Vorschlag steht noch aus.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19260829/1